

Pressemitteilung

Fellbach, 11.11.2025

BDS-Blitzumfrage: Mehrheit der kleinen und mittleren Unternehmen sieht Mindestloohnerhöhung kritisch

Die jüngste Blitzumfrage* zur geplanten Erhöhung des Mindestlohns auf 13,90 € (2026) und 14,60 € (2027) zeigt deutliche Skepsis in den Reihen der Mitglieder des Bundes der Selbständigen Baden-Württemberg:

Rund 72 % der Befragten bewerten die Maßnahme negativ oder sehr negativ, nur rund 13 % äußern sich positiv.

Zentrale Ergebnisse

- **Belastung für Betriebe:**
38 % der Unternehmen stufen die Erhöhung als „wirtschaftlich problematisch“, weitere 8 % sogar als „**existenzbedrohend**“ ein. Nur rund ein Fünftel hält die Maßnahme für „gut verkraftbar“.
- **Folgen und Reaktionen:**
Über die Hälfte der Befragten (**51 %**) plant **Preiserhöhungen**, 38 % wollen **Prozesse optimieren**, rund 24 % denken über **Personalabbau oder Stundenreduzierung** nach.
- **Weitergabe an Kunden:**
58 % der Unternehmen werden die **Mehrkosten zumindest teilweise an Kunden weitergeben**, 20 % vollständig.
- **Lohngefüge:**
60 % erwarten **Anpassungen auch oberhalb des Mindestlohns**, um Lohnabstände zu wahren – ein zusätzlicher Kostentreiber.
- **Einschätzung:**
75 % halten die neuen Mindestlohnsätze **nicht oder nur teilweise für wirtschaftlich realistisch**. Nur jeder Zehnte erwartet gesamtwirtschaftlich positive Effekte.
72 % bewerten die Entscheidung der Bundesregierung **negativ oder sehr negativ**.

Kernbotschaft der Selbständigen

Die offene Kritik richtet sich weniger gegen höhere Löhne an sich, sondern gegen die **fehlenden politischen Rahmenbedingungen**, um diese zu tragen. „Viele Unternehmen wünschen sich endlich spürbare Entlastungen bei Steuern, Abgaben und Bürokratie“, fasst BDS-Präsidentin Bettina Schmauder die Umfrageergebnisse zusammen.

Hauptgeschäftsstelle
Stuttgarter Straße 20
70736 Fellbach

Telefon: (0711) 95 46 68-0

www.bds-bw.de
info@bds-bw.de

Präsidenten
Bettina Schmauder
Jan Dietz

Presse-/Öffentlichkeitsarbeit
Sybille Erhardt
Telefon: (0711) 95 46 68-14
E-Mail erhardt@bds-bw.de

Forderungen an die Politik

Die offenen Antworten der Befragten zeichnen ein eindeutiges Bild:

- Bürokratieabbau steht mit Abstand an erster Stelle.
- Steuer- und Abgabentlastungen werden am zweithäufigsten genannt.
- Viele Unternehmer fordern eine Senkung der Lohnnebenkosten, günstigere Energiepreise und mehr unternehmerische Freiheit.

Zahlreiche Kommentare sehen den Eingriff der Politik in die Mindestlohnverhandlungen als einen Angriff auf die Tarifautonomie – und damit auf das Fundament der sozialen Marktwirtschaft.

Fazit

Die BDS-Umfrage zeigt: Der Mittelstand steht hinter fairen Löhnen – fordert aber dringend weniger Regulierung, niedrigere Nebenkosten und verlässliche politische Rahmenbedingungen, um Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.

* Zeitraum: 29.10. – 09.11.2025. An der Umfrage nahmen 199 Unternehmerinnen und Unternehmer aus Handel, Handwerk, Dienstleistung, Gastronomie, Industrie und freien Berufen teil – überwiegend Klein- und Mittelbetriebe mit weniger als 50 Beschäftigten.

Weitere Informationen:

Der Bund der Selbständigen Baden-Württemberg e.V. (BDS) ist der Dachverband und die Stimme von vielen Handels- und Gewerbevereinen im Land. Dieser Wirtschaftsverband besteht seit über 170 Jahren. Weitere Informationen zum BDS-Landesverband finden Sie unter www.bds-bw.de.